

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

9.8.1919 (No. 184)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
J. B. Redakteur
G. R. A. F.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 A 15 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 6 A 32 P. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gefaltene Zeile oder deren Raum 30 P. zuzüglich 30 % Steuerzuschlag. Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagererhebung, zwingender Beirichtung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Erfassung von abhanden gekommenem Heeresgut

Bei der Zweigstelle Baden des Reichsverwertungsamtes (Karlsruhe, Stefanienstr. 51) ist eine Abteilung für Wiedererfassung von abhanden gekommenem Militärgut errichtet (Abteilung Erfassung). Die Wiedererfassung der Militärgüter erfolgt auf breiter Grundlage unter Mitwirkung der Bevölkerung, aller Polizeibehörden des Landes und durch eigene Beamte der Zweigstelle. Die Unterführung dieser Tätigkeit liegt im Interesse der gesamten Bevölkerung, da dem Volk durch die in die Millionen gehenden Veruntreuungen von Heeresgut aller Art (Pferde, Lebensmittel, Bekleidung, Uniformen, Schuhe, Lederzeug, Waffen, Kraft- und sonstige Wagen usw.) ungeheure Schäden entstehen.

Der nach dem 31. Oktober 1918 Eigentum, Besitz oder Gewahrsam an Militärgut erlangt hat, ist dem Reichsverwertungsamt auf Anforderung der Zweigstelle zur Auskunft verpflichtet. Verlegungen dieser Auskunftspflicht können mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu hunderttausend Mark bestraft werden. Die öffentliche Aufforderung zur Erteilung von Auskünften ist dieser Lage ergangen.

Wer zur Wiederbeschaffung von abhanden gekommenem Militärgut beiträgt, kann je nach dem Wert des wiedererlangten Gutes Belohnungen bis zu 20 000 Mark und mehr erhalten.

Anzeigen und Zuschriften wegen abhanden gekommenen Militärgütern und wegen Belohnungen werden dem Reichsverwertungsamt, Zweigstelle Baden, Abteilung Erfassung, Karlsruhe, Stefanienstraße 51, entgegengenommen.

Die Vereinigten Staaten und Deutschland.

Aus Berlin wird uns von unserem handelspolitischen Dr. L. Mitarbeiter geschrieben:

Wenn es während des Krieges nicht an Leuten gefehlt hat, die die politische Haltung der Vereinigten Staaten falsch eingeschätzt haben, so nimmt das nicht weiter wunder. Dagegen mußte es einigermaßen überraschen, als selbst während der Friedensverhandlungen Stimmen in Deutschland laut wurden, die noch immer an alten Ansichten, festhielten und sich dem Glauben hingaben, Wilson werde alles daran setzen, seine 14 Punkte zugunsten Deutschlands durchzusetzen, und sollte es darüber zum offenen Konflikt mit England und Frankreich kommen. Einige Zeitungstelegramme verbreiteten in der Folge auch wirklich dahingehende Meldungen, die jedoch den Fehler hatten, daß sie durch die Tatsachen stets dementiert wurden. Der Deutsche kann sich eben noch immer nicht daran gewöhnen, daß unsere Zeit durchaus der Realpolitik zugewandt ist und Ideale, Grundsätze und Lehren nur soweit befolgt, als dies den Interessen der handelnden Staaten entspricht. Präsident Wilson treibt eben amerikanische Politik, und wenn sie auf der Grundlage seiner Ideen sich nicht fortzuführen ließe, suchte er eine Mittellinie zwischen seinen Anschauungen und denen seiner Verbündeten. Daher waren die Depeschen über erste Konflikte zwischen ihm und Clemenceau und Lloyd George auch stets irreführend; weil eben alle Gesandte, die ja gewiß nicht in Abrede gestellt werden sollen, sich doch schließlich immer wieder auf der mittleren Linie ausgleichen ließen. Selbst kürzlich noch ließen manche deutsche Zeitungen sich melden, der Senat in Washington werde den Friedensvertrag nicht annehmen, sondern verlangen, daß er den 14 Punkten des Präsidenten Wilson angepaßt werde. Eine trügerische Hoffnung, denn daran dachten drüben höchstens einige Heißsporne und Gegner Wilsons, aber kein Politiker; denn diese treiben nur amerikanische Politik und lehnen es entschieden ab, deutsche Interessen zu den ihren zu machen, und das um so weniger, wo sie sonst Gefahr laufen würden, mit ihren Verbündeten und Freunden in Konflikt zu geraten. Wenn die Kenntnis amerikanischer Anschauungen durch diese Enttäuschung vertieft würde, könnte das uns nur zum Vorteil ausfallen.

Eine Wendung in der Haltung der Vereinigten Staaten — darauf muß stets hingewiesen werden — wäre nur dann zu erwarten gewesen, wenn eine der großen Parteien aus Gegnerschaft gegen Wilson die Durchführung seiner 14 Punkte, oder die Erzielung milderer Friedensbedingungen für Deutschland auf ihr Programm gesetzt hätte. Doch dazu bestand nirgends Neigung. So dürfte denn der Friedensvertrag im Senat eine ruhige Annahme finden, als man bisher in Deutschland erwartete.

Da nun aber zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten der Handelsverkehr wieder aufgenommen worden ist, dürfte sich vielleicht die Erörterung einiger wirtschaftlichen Fragen empfehlen, die im Interesse eines Näherkommens

früher oder später doch besprochen werden müssen. Die Vereinigten Staaten haben alles deutsche Eigentum, dessen sie habhaft werden konnten, Geschäftsanteile, Lizenzen, Patente, Versicherungspolizen, Grund- und Hausbesitz und Copyrights beschlagnahmt und zum größten Teile verkauft. Der Wert dieses deutschen Besitzes wird auf Grund zuverlässiger Schätzungen auf mehr denn drei Milliarden Mark geschätzt, und es sind vielfach Klagen laut geworden, daß deutsche Werte zu minimalen Preisen verkauft worden seien. Hierbei werden namentlich gegen den „Verwalter des feindlichen Eigentums“, Palmer, Vorwürfe laut, die ihn und seinen Gehilfen Francis Garban bedenklicher Manipulationen bezichtigen. Soweit sie sich als zutreffend erweisen sollten, wick sich ja die amerikanische Volkvertretung mit ihnen noch zu befassen haben; immerhin kann schon jetzt konstatiert werden, daß der Senat Palmer eines höheren Postens, der ihm vom Präsidenten zugedacht war, nicht für würdig erachtet hat. Auch Garban „plöthlicher“ Reichtum bedarf noch des Nachweises seiner Rechtmäßigkeit.

Doch diese Angelegenheiten gehen die Amerikaner an; dagegen liegt uns sehr daran, daß der Verbreitung unzutreffender Meinungen über die Behandlung des amerikanischen Besitzes in Deutschland entgegengetreten wird. Auf deutscher Seite ist jedenfalls amerikanischer Besitz erst beschlagnahmt worden, als die Vereinigten Staaten vorangegangen. Sie haben schon am 6. April 1917 Zahlungen an Deutsche verboten, während das entsprechende deutsche Gegenverbot erst am 19. August des gleichen Jahres erfolgte; am 5. Oktober 1918 befreiten die Amerikaner alle Staatsangehörigen von jeder Leistung an Deutsche, indes das betreffende deutsche Verbot erst am 31. Dezember erlassen wurde. Auch der Erfolg und die Auswirkung der Beschlagnahme feindlichen Eigentums war auf beiden Seiten grundverschieden; denn während die Amerikaner allen deutschen Besitz veräußerten, hat Deutschland die Liquidierung nicht durchgeführt, sondern kann den Amerikanern ihr Eigentum nunmehr wieder zur Verfügung stellen. Es wäre zu wünschen, daß dieser grundlegende Unterschied drüben recht deutlich zum Bewußtsein käme, dann wäre schon eine günstige Vorbedingung mehr für ein Zusammenarbeiten auf wirtschaftlichem Gebiete geschaffen. Denn wenn auch zunächst noch einige Kriegsbestimmungen zu beseitigen sind, daß auf beiden Seiten der ernsthafte Wunsch und Wille besteht, den Handelsverkehr, wie er bis 1914 bestanden, wieder aufzunehmen, daran können auch die ärgerlichen Kommentare der britischen Presse nichts ändern.

In den Vereinigten Staaten handelt es sich jetzt darum, wie man den Handel mit dem besetzten Europa finanzieren soll, um selbst keinen Schaden zu erleiden. Es haben sich Gruppen von Interessenten aus den Kreisen des Handels, der Industrie und der Finanz zusammengetan, um diese schwierige Aufgabe in die Hand zu nehmen; man erachtet das Risiko aber für so groß, daß man die Regierung mit in den Kreis der Interessenten ziehen will, auf daß sie eine Art Bürgschaft übernehme. Die Dinge sind noch im Fluß, weshalb es sich empfiehlt, die endgültigen Beschlüsse abzuwarten, ehe von deutscher Seite ein Urteil über die angebotene Hilfe abgegeben wird.

Streiks und Arbeiterinteressen.

Im Neuen Mannheimer Volksblatt“ behandelt Gewerkschaftssekretär Gerschardt, M. d. N. das aktuelle Thema „Streiks und Arbeiterinteressen“ in interessanten Darlegungen, denen wir folgendes entnehmen:

„Es hat keinen Zweck, darüber Betrachtungen anzustellen, welchen Schaden die Streiks allgemein anrichten, ich möchte die Frage so stellen: Welchen Schaden erleidet die Arbeiterschaft durch Arbeitseinstellungen? Jeder Arbeiter weiß, daß sie zunächst den Verlust des Lohnes für die Tage, wo er nicht arbeitet, für ihn bedeuten. Wir haben das auch schon vor dem Krieg gewußt und trotzdem diesen Verlust ertragen in der Hoffnung, eine dauernde Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Damit kommen wir zu der grundsätzlichen Frage, ob Streiks überhaupt wünschenswert sind. Diese Frage kann man dahin beantworten, daß Streiks an sich eine schädliche Wirkung ausüben. Aber warum haben wir uns trotzdem für den Streik entscheiden müssen? Wir mußten dies tun, weil uns kein anderes Mittel zur Verfügung stand. Geldendes Recht war, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Gegenstand freier Vereinbarung sei. Der einzelne Arbeiter war außerstande, von diesem ihm zugestandenem Recht Gebrauch zu machen. Er mußte sich einfach der Konjunktur, der Konkurrenz seiner Kollegen und dem Willen seines Unternehmers fügen. Einfluß auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hatte der einzelne Arbeiter nicht. Um Einfluß zu gewinnen, haben sich die Arbeiter gewerkschaftliche Organisationen geschaffen. Lehnten die Unternehmer Verhandlungen überhaupt ab, so blieb gar keine andere Möglichkeit, als durch eine Niederlegung der Arbeit Verhandlungen zu erzwingen. Wurde nicht das geringste Zugeständnis gemacht, dann blieb auch kein anderes Mittel übrig. Ohne Frage waren auch die früheren Streiks eine Schädigung volkswirtschaftlicher Interessen. Aber unsere Volkswirtschaft

konnte sie ertragen, moralisch konnten wir uns rechtfertigen, denn auch für die Arbeiterschaft besteht das Recht, sich gegen Ungerechtigkeiten zu wehren. Daß es kein idealer Zustand war, weiß jeder Arbeiter, der längere Zeit organisiert war. Läßt sich die Möglichkeit schaffen, daß dem Arbeiter und Angestellten sein Recht wird, ohne zu dem Kampfmittel der Arbeitseinstellung zu greifen, so ist ein rechtlicher Zustand dem Kampf zweifellos vorzuziehen. Es ist also sicher erwünscht, daß in der Zukunft durch Schaffung von Tarifverträgen, Verhandlungszwang, Schlichtungsstellen, Schiedsgerichten usw. die Kämpfe möglichst beseitigt werden. Bei der Betrachtung der Vergangenheit muß man auch anerkennen, daß es erst einer Entwicklung bedurfte, um friedlicher Verständigung den Weg zu ebnen. Wie immer im Leben, lange Kämpfe führen schließlich zu einer Verständigung. Persönlich möchte ich glauben, daß die Zeitepoche wider Kämpfe hinter uns liegt. Wir befinden uns nicht in einem Übergangsstadium, aber trotzdem wird uns Not zwingen, die Kämpfe möglichst auszuschalten oder auf ein Minimum zu beschränken.

Warum hat jede Arbeitseinstellung nachteilige Folgen? Will man die Frage beantworten, so muß man sich über wirtschaftliche Tatsachen klar sein. Unser gesamtes Einkommen ist abhängig von den Erträgen der eigenen Arbeit oder was wir im Ausland dafür eintauschen können. Von Forderungen, die eine Volkswirtschaft durch Kapitalanlagen an andere hat, von Leistungen, die für andere Völker gemacht werden, von Einnahmen, die ein Land durch Fremde macht, (Badeorte, Natursehenswürdigkeiten, wie sie die Schweiz und Italien aufweisen) erhält. Für uns kommt heute nur die eigene Arbeitsleistung zur Schaffung von Einkommen in Frage. Unsere Kapitalanlagen haben die Feinde geraubt, und außerdem sind wir noch durch die Kriegslasten schwer verschuldet. Was wir also durch Arbeit nicht herstellen, das fehlt uns an Gebrauchsgüterständen aller Art. Gehen uns in Deutschland durch Streiks zwanzig Millionen Arbeitstage verloren, so bedeutet das einen schweren Verlust. Rechnet man den Arbeitstag mit 16 Mark Ausfall, so verlieren wir 300 Millionen Mark. Stellen sich die Streiktage auf 200 Millionen Arbeitstage, so ist allein ein Lohnausfall von mindestens 3 Milliarden Mark vorhanden. Unmöglich ist es nicht, daß wir diese Summe erreichen. In Wirklichkeit ist der Verlust bei dieser Annahme noch viel größer. In der Regel verderben Waren durch Streiks, das Kapital wird nicht verzinst, denn wenn die Fabriken stillstehen, so verzinsen sich die Gebäude, Maschinen, Warenlagern usw. nicht. Mit dem Lohnausfall ist die Sache ja nun aber nicht erledigt, uns fehlen auch alle die Dinge, die während dieser Zeit hergestellt worden wären. Bei unserer Warenknappheit bedeutet das nichts anderes, als daß die Preise dadurch in die Höhe getrieben werden. Wenn aber auch wirklich eine Lohnerhöhung eintritt, denn Papierschneide können ja noch immer hergestellt werden, so ist damit für die Gesamtheit doch kein Vorteil verbunden. Die Waren fehlen uns, die Papierschneide treiben die Preise in die Höhe, denn da die Waren fehlen, die Nachfrage nach Waren aber steigt, weil ja mehr Geld in Händen ist, so muß eine Erhöhung der Preise die unausbleibliche Folge sein. Die Beweisführung ist meiner Überzeugung nach unbedingt zwingend. Schieber und Schleichändler haben umso mehr Gelegenheit, ihre wucherischen Geschäfte zu betreiben, je weniger Warenvorräte vorhanden sind.

Gehen wir uns aber die Streiks der Gegenwart noch etwas näher an. Bei den verschiedenen Verkehrsstreiks sind Lebensmittel in den Wagons verrotten, und viel Vieh ist umgekommen. Vielen kleinen Kindern fehlt die Milch, da die Zufuhr ja durch die Streiks unterbrochen wurde. So verschärfen wir unsere Lebensmittelknappheit noch durch eigene Schuld. Wie liegen die Verhältnisse bei den Landarbeiterstreiks? Gewiß können die Landarbeiter nicht für alle Zeit die „Knechte“ der Gesamtheit sein, sie müssen den Verhältnissen entsprechend bezahlt werden. Auch ist es Pflicht der Großgrundbesitzer, ihre Organisationen anzuerkennen. Natürlich steigen aber auch damit die Lebensmittelpreise, und wenn durch Arbeitseinstellung die Ernte verdirbt, so ist das nicht mehr gutzumachen, wir sind dann ärmer geworden an Lebensmitteln. Arbeit, Dünger und Saat Korn eines Jahres ist verloren gegangen. Das muß man sich einmal klar machen, um die Streiks richtig zu würdigen. Zweifellos wird es auch heute noch Streiks geben, wo die Arbeiter im Recht sind, aber die politischen Streiks und die damit verbundenen Forderungen sind ein Verbrechen an der Gesamtheit. Ich hoffe, die Stunde wird nicht mehr fern sein, wo die Arbeiterschaft selbst sich gegen eine derartige Ruinierung ihrer Lebensinteressen zur Wehr setzen wird. Eine Forderung muß in der Gegenwart mit allem Nachdruck hervorgehoben werden: Die Arbeiterschaft muß ihren gewerkschaftlichen Führern Vertrauen entgegen bringen. Radikale Schreier ohne Erfahrung und Einsicht sind keine Führer. Jetzt ist die Stunde gekommen, wo die organisierten Arbeiter zu beweisen haben, daß sie sich der Verantwortung bewußt sind. Geschieht das nicht, dann kann eine Zeit kommen, wo man mit Behmut und Schmerz die mangelnde Einsicht der Arbeiterschaft bedauern wird. Noch ist es Zeit, aber auch die höchste Zeit!

Deutsche Nationalversammlung.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde nach Erledigung einer Anzahl Anfragen der Gesetzentwurf betr. weitere Ergänzung des Besoldungsgesetzes in allen drei Lesungen ohne Debatte angenommen.

Es folgte das Gesetz über ergänzende Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung ins Ausland. Das Gesetz wurde dem Ausschuss überwiesen.

Spätnach folgte die Beratung des Gesetzes über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Reichsminister Mayer: Der vorliegende Gesetzentwurf, durch den auf Grund des Sozialisierungsgesetzes die Elektrizität

wirtschaft sozialisiert werden soll, bezweckt 1. die Schaffung eines im Reichseigentum befindlichen Elektrizitäts-Verschleißspannungsleitungsnetzes, das sich im Laufe der Jahre ähnlich dem deutschen Eisenbahnnetz über das ganze Reich ausbreiten soll; 2. die Sicherstellung des maßgebenden Einflusses des Reiches auf die bestehenden und noch zu errichtenden Elektrizitäts-erzeugungsanlagen größeren Stiles. Vor allen Dingen sollen die jetzt schon bestehenden großen Elektrizitäts-erzeugungsstätten in Mitteldeutschland, Sachsen, Süddeutschland und Oberschlesien untereinander verbunden werden. Mit der Durchführung des Gesetzes übernimmt das Reich monopolistisch die Aufgabe des Großtransportes der elektrischen Bahnen. Höchstspannungsleitungen sind fortan Reichswege. Ein Höchstspannungsleitungsnetz kann zweckmäßig nur vom Reich betrieben werden. Deshalb macht der Entwurf auch nicht von den bestehenden und projektierten Anlagen der Länder Vast. Es ist zu begrüßen, daß Sie bei Würdigung der Bedeutung der dem Reich zuzustehenden Aufgabe Ihre Zustimmung dazu gegeben haben. Zur einheitlichen Elektrizitätswirtschaft gehört eine Beherrschung der wichtigsten und größten Strom-erzeugungsanlagen durch die öffentliche Hand. Allerdings erscheint es nicht möglich, ein Monopol des Reiches festzulegen. Es muß darauf Rücksicht genommen werden, daß sich jetzt schon ein großer Teil der großen Elektrizitäts-erzeugungsstätten in der Hand von Kommunen und Ländern befinden. Uns scheint es daher ausreichend, nur die kapitalistische Beteiligung an solchen großen Kraftwerken in die Hand des Reiches zu legen und auf diese Weise vor allen Dingen auch den Kommunen die wirtschaftliche Stütze zu erhalten, die sie bisher in den Elektrizitätswerken gehabt haben. Durch den § 20 ist eine Erhöhung der großen Mittel, soweit sie nicht durch dieses Gesetz vorgesehen sind, durch besonderes Gesetz geplant, das spätestens bis zum 1. Oktober 1920 vorgelegt werden soll. Die Entschädigungsfrage soll auf der Grundlage geregelt werden, daß eine Vergütung der Gestellungsstätten unter Berücksichtigung der Abschreibungen gewährt werden soll. Der Gesetzesentwurf ist auch dazu bestimmt, die Lücken in unserer Kohlenversorgung, mit denen nun wir einmal rechnen müssen, nach Möglichkeit und tunlichster Beschleunigung auszugleichen. Das Reich führt also mit dem Entwurf eine Bereicherung der Gliedstaaten, nicht die Verarmung herbei. Wenn die Volkswirtschaft sich auf den Boden der Vorlage stellt, und ihrem Grundgedanken die Zustimmung gibt, so wird sie damit der Welt zeigen, daß Deutschland weiterleben will und auch in einer Zeit der tiefsten Erniedrigung die Hoffnung auf eine bessere Zukunft und seinen Wiederaufbau nicht verloren hat. Nächste Sitzung Samstag 2 Uhr. Schluß 6 Uhr.

Politische Neuigkeiten.

Die Reichsabgabenordnung.

Der Entwurf der Reichsabgabenordnung ist der Nationalversammlung zugegangen. Die Reichsabgabenordnung soll zusammenfassen, was die Reichsteuergesetze an gemeinsamen Vorschriften enthalten. Darüber hinaus sollen sie vor allem die Grundlagen schaffen, daß die Reichsteuergesetze, insbesondere die neu vorgezeichneten, durchgeführt werden. Gerade weil der Steuerbedarf in der Folge so außerordentlich schwer sein wird, ist es, um ihn erträglich zu gestalten, notwendig, daß alle Pflichten gleichmäßig in den Vorschriften des Gesetzes entsprechend belastet werden. Andererseits müssen und sollen die Rechte der Pflichten gesichert sein. Um das zu erreichen, müssen die Veranlagungs- und Rechtsmittelbehörden, denen die Untersuchung und Entscheidung im Steuerstrafverfahren obliegt, überall in gleicher Weise eingerichtet sein, und es bedarf der einheitlichen Zusammenfassung der gesamten Steuerbehörden und einer reichseigenen Verwaltung.

Der ungeheure Steuerbedarf des Reiches zwingt auch dazu, die Verbrauchsabgaben abzubauen und selbst notwendige Lebensmittel zu besteuern. Für die Hölle und Verbrauchsabgaben sieht die Reichsverfassung bereits eine reichseigene Verwaltung vor, ebenso muß für die Reichsvermögensverwaltung eine eigene Verwaltung geschaffen werden. Die reichseigene Verwaltung soll sich auf den bereits bestehenden, zum Teil vortrefflichen Organisationen der einzelnen Gliedstaaten aufbauen. Dabei wird den obersten Landesbehörden ein wesentlicher Einfluß auf die Finanzverwaltung, insbesondere auch auf die Besetzung der Ämter, eingeräumt werden. Der Entwurf sieht für die reichseigene Steuerverwaltung folgende Gliederung vor:

1. Reichsfinanzministerium,
 2. Landesfinanzämter, deren Bezirke tunlichst den Ländern oder größeren Verwaltungsbezirken der Länder entsprechen sollen,
 3. Finanzämter und Stützstellen der Finanzämter.
- Die oberste Leitung steht danach dem Reichsfinanzministerium zu. Oberste Spruchbehörde in Steuerfällen ist der Reichsfinanzhof. Sowie über die reichseigene Verwaltung. Auch die sonstigen Bestimmungen des Entwurfes verfolgen das Ziel einer gleichmäßigen und reiflichen Ausschöpfung den dem Reiche erschlossenen oder noch zu erschließenden Steuerquellen.

Der Entwurf eines Betriebsrätegesetzes.

Das Reichsministerium hat in seiner Sitzung vom 7. August dem Entwurf eines Betriebsrätegesetzes seine Zustimmung erteilt. Dessen geht nun dem Staatsauschuß zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung zu und wird sodann sofort der Nationalversammlung vorgelegt werden.

Erzberger und Foch.

Von amtlicher Seite wird, dem W.A.V. zufolge, mitgeteilt: Die „Tägliche Rundschau“, Nr. 379 vom 6. August, Abendausgabe, veröffentlicht unter dem Titel: „Ein interessantes Dokument“ an der Spitze des Blattes einen Brief Erzbergers an Marshall Foch, in dem der Minister den Marshall um Freilassung eines Kriegsgefangenen bittet. Es handelt sich wirklich um ein interessantes Dokument, wenn man folgendes bedenkt: Seit Wochen führen die Blätter der Rechten, an der Spitze die „Tägliche Rundschau“, eine Reihe scharfer Artikel gegen Erzberger, indem sie als einen ihrer Haupttrümpfe die angebliche Gleichgültigkeit der Regierung gegen unsere Kriegsgefangenen auspielen. Daß sich doch eine sehr ernste, mit Recht geschätzte Schriftstellerin, wie Marie Diers in der „Täglichen Rundschau“ vom 31. Juli zu der ungeheuren Beschuldigung hinsetzen lassen: Der Verdacht stehe auf, daß die Regierung die Kriegsgefangenen gar nicht zurückhaben will, und sagt sie doch glatt heraus, daß insbesondere Erzberger absolut nichts an dem Schicksal der Kriegsgefangenen gelegen sei.

Nun gelangt die „Tägliche Rundschau“, wenn auch offenbar nur durch Entweidung oder Verdrängung, in den Besitz des Schreibens, aus dem hervorgeht, daß Erzberger das Schicksal der Gefangenen nicht gleichgültig ist. Anstatt das zu bedenken und einzusehen, macht sie Erzberger aus diesem Schreiben den Vorwurf, ja sie entzieht sogar Erzberger habe noch irgendwelche politische Dankbarkeit für die Bewilligung

seiner Bitte in Aussicht gestellt, während es sich um einen Brief von Mensch zu Mensch handelt. Nicht nur einen solchen Brief, sondern Dutzende persönlicher Bitten um Freilassung von Kriegsgefangenen hat Erzberger an Foch gerichtet. Er tat das in solchen Fällen, wo der amtliche Weg eine zu späte Entscheidung gebracht hätte, also zum Beispiel in Fällen schwerer Erkrankung, oder wenn der Vater oder Mutter oder Frau auf dem Totenbett ihrem Kriegsgefangenen Angehörigen zum Lebtrennen die Hand drücken wollten. Aber abgesehen von diesen Ausnahmefällen ist Erzberger unermüdet für die grundsätzliche Freilassung aller Kriegsgefangenen eingetreten, seitdem er in Compiègne zum erstenmal mit Foch verhandelte. Sein Briefwechsel vom Januar 1919 mit Foch über die Freilassung der Kriegsgefangenen während der Verhandlung über die Verlängerung des Waffenstillstandes in Trier wurde veröffentlicht; er ist im Graubuch der Waffenstillstandskommission abgedruckt. Seitdem ließ der Minister keine Gelegenheit vorbeigehen, um Foch, sei es direkt in Trier oder Spa, sei es durch die Vermittlung des französischen Generals Dupont in Berlin, fast täglich an das Schicksal der Kriegsgefangenen zu erinnern. Es ist dem Minister so schmerzhaft wie nur irgend einem Deutschen, daß die Freilassung der Gefangenen nicht schon beim Abschluß des Waffenstillstandes durchgesetzt werden konnte. Wie bekannt, ist der Rücktransport unserer Kriegsgefangenen in voller organisatorischer Durchführung oder Vorbereitung. Der „Täglichen Rundschau“ sind alle diese Tatsachen bekannt.

Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung.

Der preussische Eisenbahnminister hat in dem Wunsch, die Möglichkeit des Aufstieges in höhere Stellen für mittlere Beamten zu vermindern, kürzlich in einem Erlaß erklärt, daß bei der Anstellung als Mitglieder einer Eisenbahndirektion, für die gemäß der Verwaltungsordnung der Staatsbahnen die Regel nach die Ablegung der höheren Staatsprüfung erforderlich ist, hieron künftig in geeigneten Fällen abgesehen sei. Den Beamten der unteren Laufbahn war schon bisher im weiten Umfang die Möglichkeit des Aufstieges in mittlere Stellen gegeben. Einem vermehrten Übertritt solcher Beamten in mittlere Stellen sehen zur Zeit noch die Rechte der Militäranwärter entgegen. Mit dem bevorstehenden Rückgang der Zahl der Militäranwärter wird es möglich werden, tüchtige Beamte der unteren Laufbahn noch mehr als bisher in mittlere Stellen zu überführen. Der Minister will alsbald die erforderlichen Bestimmungen treffen, daß tüchtigen Unterbeamten bei fuktenweisem Aufstiege und der dadurch gesicherten notwendigen weiteren Ausbildung die Möglichkeit der Erreichung gehobener Stellen in angemessener Zeit gegeben wird. Die ersten Beförderungen von mittleren Beamten zu Mitgliedern von Eisenbahndirektionen sind inzwischen bereits erfolgt.

Der Augustinusverein für einen rheinischen Gliedstaat.

Eine aus allen Teilen der Rheinlande besuchte Versammlung des Augustinusvereins in der Bürgergesellschaft zu Köln nahm mit großer Mehrheit eine Entschließung an, die von der territorialen Neuordnung unseres Vaterlandes die Schaffung eines organisierten neuen Einheitsstaates u. gleichwertiger u. gleichberechtigter Gliedstaaten mit möglichst weitgehender Selbstverwaltung erwartet werden. Die von der preussischen Regierung vorgelegene kleine Erweiterung der Autonomie der Provinzen im Rahmen des bisherigen Preussens könne nicht als genügend erachtet werden und man solle eine zu gewöhnliche Autonomie im Rahmen des Deutschen Reiches auf weitester kultureller und wirtschaftlicher Selbstverwaltung ausgehend wissen. In diesem Sinne fordert der Augustinusverein seine Mitglieder auf, zur Verwirklichung der Bestrebungen zur Erreichung eines rheinischen Gliedstaates im Rahmen des Deutschen Reiches mitzuwirken.

Verstärkter Belagerungszustand in Chemnitz.

Über Chemnitz ist am Donnerstagabend anlässlich schwerer Ausschreitungen der Bevölkerung der verstärkte Belagerungszustand verhängt worden. Seit einigen Tagen fanden in Chemnitz hauptsächlich wegen mangelhafter Fettversorgung Kundgebungen statt, die am Donnerstagabend ernststen Charakter annahmen. Trotz des Verbots hatte sich am Nachmittag auf dem Königsplatz eine große Demonstrationsversammlung gebildet, in der aufsehende Reden gehalten wurden. Die Sicherheitswehr war der Menge gegenüber machtlos. Ein Teil der Demonstranten begab sich zum Oberbürgermeister und verhandelte mit diesem in ruhiger Weise. Die Menge entfernte sich, nachdem der Oberbürgermeister einige beruhigende Worte gesprochen hatte. Ein anderer Teil der Demonstranten begab sich aber zum Gerichtsgangnis, befreite, da die Sicherheitswehr nicht zur Stelle war, einen dort festgehaltenen kommunistischen Führer und zog mit diesem in das Innere der Stadt. Ein Trupp der Sicherheitswehr, der eingesetzt worden war, wurde von der Menge gestreut. Das Maschinen-gewehr wurde ihm abgenommen. Aus der Menge wurde gegen die Truppe eine Handgranate geworfen, wodurch zehn Personen, darunter drei Kinder, zum Teil schwer verletzt wurden.

Die Sozialistenkonferenz in Luzern.

In den Kommissionsberatungen machten Vertreter der U. S. P. den Versuch, die Internationale zu sprengen. Die „Diktatur des Proletariats“ wurde abgelehnt. Der „Vorwärts“ berichtet darüber:

In der Kommissionsberatung über den Wiederaufbau der Internationale machte Dr. Silberding Ausführungen im Namen der Unabhängigen Parteileitung, daß die Unabhängige Partei nur dann der Internationale angehören könnte, wenn in dieser kein Raum für die Mehrheitssozialisten sei.

Langues (Frankreich) schloß sich im großen und ganzen diesen Ausführungen an. Wenn die Internationale sich nicht auf den revolutionären Standpunkt stelle, dann würde die Mehrheit der französischen Arbeiter sich ebenfalls nach Moskau orientieren; denn innerlich seien die Mehrheitssozialisten in Deutschland mit den Gesinnungsgenossen Renaudis einig.

In der Kommission für die Organisation der Internationale machte Christien Ausführungen nach der Richtung, sich für die Diktatur des Proletariats auszusprechen.

Otto Wels (Berlin) trat den Ausführungen Silberdings entgegen und widerlegte seine Behauptungen über die Entfaltung der Revolution und über die angeblichen Verdienste der Unabhängigen hierbei. Wels beschäftigte sich eingehend auch mit den inneren Zuständen in Deutschland, die Silberding für schlimmer als die Auslands besaheim hatte, und rechtfertigte die staatlichen Maßnahmen in Deutschland, weil sie zur Rettung des deutschen Volkes in seiner Wirtschaft aus äußerster Lebensgefahr notwendig seien. Er wies unter lebhaftem Widerspruch Silberdings darauf hin, daß die Unabhängigen unter dem Diktat der Kommunisten stehen und unter diesem Einfluß jetzt auch die Internationale sprengen wollen. Die sozialistischen Parteien aller Länder würden bald vor die gleiche Frage gestellt sein wie die deutsche Mehrheit.

Auch Eduard Bernstein wandte sich gegen Silberding. Er betonte u. a. daß die deutsche Volkswirtschaft auf die Tätigkeit der Unternehmer noch nicht verzichten könne, daß diese Tätigkeit aber sowohl der Ruhe, wie des Überschlusses bedarf. In der Organisationskommission wurde der Antrag Christiens (Erklärung für die Diktatur des Proletariats) mit allen gegen die Stimme Christiens abgelehnt.

Annahme des Friedensvertrags in der belgischen Kammer.

Die belgische Kammer hat in namentlicher Abstimmung den Friedensvertrag mit allen Stimmen der anwesenden 123 Abgeordneten genehmigt.

Weitere Reichsmittel zur Lebensmittelversorgung.

Nach einer Meldung des „Berl. Lokalan.“ aus Dresden will die Reichsregierung neue große Mittel bereitstellen zum Zwecke weiterer Verbilligung der Lebensmittel.

Badische Uebersicht.

Badische Wochenrückblicke.

(Reichswehrminister Postle und die badischen Reichswehrruppen. — Das Wohnungsproblem. — Die Gefahren des Brennstoffmangels. — Filmzensur und Kommunalisierung der Kinös. — Ein Volkspark für Rastatt.)

Die im Weisheit des Staatspräsidenten Geiß und einer Anzahl weiterer Mitglieder des badischen Staatsministeriums erfolgte Begünstigung der badischen Reichswehrruppen durch den Reichswehrminister Postle hat einen sehr befriedigenden Verlauf genommen. Die Vertreter der Truppenformationen dürften aus dem ganzen Auftreten des Reichswehrministers den Eindruck gewonnen haben, daß die Leitung der militärischen Angelegenheiten des Reichs in der Hand eines Mannes liegt, der nicht nur von den besten Absichten geleitet, seine ganze Kraft an die Lösung seiner schwierigen Aufgabe setzt, sondern auch das nötige Maß an gesunder Urteilskraft mitbringt, das ihn vor einer falschen Einschätzung vorübergehender Notwendigkeiten und Möglichkeiten schützt. Nach der Ansprache zu schließen, die der Minister bei der Besichtigung der Truppen hielt und ebenso nach den Erklärungen, die er am Nachmittag den Vertretern der Presse gab, verlangt er von einer Truppe, die ihren Zweck erfüllen soll, vor allem Sinn für Ordnung und straffe Manneszucht, auf der andern Seite hält er es aber für selbstverständlich, daß die Regierung um das körperliche und geistige Wohl der Truppen besorgt ist. Der Kaiserentwurf ist ihm ein überwundener Standpunkt; stattdessen wünscht er die fleißige Pflege gesunder Leibesübungen. Die körperliche Erziehung des ganzen Volkes erscheint ihm mit Recht als eine Voraussetzung unserer Bewährung in dem wirtschaftlichen Wettbewerb, der unter den Völkern andauernd wird. Erfreulicherweise war der Gesamtindruck, den der Minister von den badischen Truppen gewann, ein durchaus günstiger; keine außerliche Bemängelungen, die man etwa noch erheben könnte, werden nach seiner Überzeugung vorläufig beseitigt sein. Wie schon bekannt, benutzte auch Staatspräsident Geiß die Gelegenheit, um der badischen Reichswehrruppe den berechtigten Dank der Regierung und des Volkes für die Pflichterfüllung auszusprechen, mit der sie sich in den vergangenen schweren Kriegswochen Monaten hinter die Regierung stellte und sie in dem Bestreben, unser Land vor weiteren Unruhen zu bewahren, so tatkräftig unterstützte.

Der Wohnungsmangel bildet nach wie vor das Thema lebhafter Erörterungen. Am stärksten tritt das Elend naturgemäß in den Großstädten zutage. So ist die Wohnungsnot in Mannheim in nach einer dieser Tage vom dortigen städtischen Wohnungsamte in Erwiderung einer Zeitungsnote abgegebene Erklärung so groß, daß Hunderte von Wohnungsuchenden sich glücklicherweise, wenn sie auch nur eine Mansardenwohnung im 5. Stock vom Wohnungsamte zugewiesen erhalten. Alle Villen und Großwohnungen wurden hinsichtlich der Abgabe der über die Kopfzahl hinausgehenden Zimmerzahl bereits unterjucht; es werden überall in diesen Wohnungen eingerichtet, wenn die Räume durch den Zutritt im Sinne der ministeriellen Vorschriften nicht voll benutzt werden. Der Stadtrat hat in letzter Zeit Vorschriften erlassen, welche die Erfassung der unterbelegten Wohnungen mit einem Eingang vorsieht. Das Wohnungsamte wird hiernach verfahren. In Karlsruhe sah sich vor kurzem schon die Volkswehr genötigt, eine Nachforschung nach überzähligen, zur Einrichtung von Notwohnungen bezug zur Überweisung an Wohnungsuchende geeigneten Untertunräumen anzustellen. Die Nachschau ergab das Vorhandensein einer erheblichen Zahl von verfügbaren Räumen, namentlich in größeren Wohnungen. Sie wurde allerdings zunächst vom Wohnungsamte bezweifelt; die Volkswehr hat dem Amt darauf seine Unterlagen zur Verfügung gestellt; ob sie der zu erwartenden Nachprüfung standhielten, ist uns nicht bekannt geworden. Die Schaffung von Notwohnungen kann freilich nur eine provisorische Maßnahme bilden. Sie ist für den Augenblick notwendig, es wäre also dringend zu wünschen, daß sich die Inhaber leicht zu entbehrender Räume deren Abgabe nicht widersetzen. Das eigentliche Ziel der städtischen Wohnungsfürsorge muß jedoch die Erstellung neuer Dauerwohnungen bilden. Es ist darum nur zu begrüßen, wenn sich die breiteste Öffentlichkeit immer nachdrücklicher mit dieser bedeutsamen Frage befaßt.

Auch in den kleineren Städten sind die Zustände vielfach äußerst deprimierend. So wurde bei einer dieser Tage abgehaltenen Versammlung der Baugenossenschaft Bilingen bekanntgegeben, daß dort in einem Dach einer Uebernachtung schon sechs Personen in drei Betten schliefen: Schwangere, Schwindsüchtige, Geschlechtskranke, kaum der Schale Entlastung, gänzlich Unverdorben — alle zusammen in einer Dachkammer. In einem dem Zerfall nahen kleinen Gässchen schliefen, wie der gleiche Redner mitteilte, in einem Zimmer in einem Bett vier Personen und zwar eine geistig Anormale, ein schwangeres Mädchen, eine Mutter, ein fünfjähriges Kind, so lange, bis das Kind krank wurde. In einem anderen Hause schliefen 3 junge Mädchen aus Freiburg in zwei schmalen Kinderbetten in einem Treppenhause ohne Tür, Licht und Luft. Ein nach draves Mädchen sollte mit einer geschlechtskranken Person zusammenschlafen. Ein Mädchen, das zum zweitenmal Mutter wurde, mußte froh sein, bei einer Familie mit 5 schulpflichtigen Kindern unterzukommen. Das sind Einzelheiten, die nach härter als die statistischen Berechnungen die Notwendigkeit aller nur erdenklichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot ins Auge fallen lassen.

Die Kohlennot bildet eine der bedrohlichsten Gefahren, die uns gegenwärtig bedrohen. Um mit allem Nachdruck auf eine vermehrte Belieferung Wadens hinzuwirken, werden in

den nächsten Tagen zwei Vertreter der Regierung nach Berlin und dem Kohlenrevier entsendet werden. Wie schon gemeldet, fanden schon im Laufe dieser Woche Besprechungen des Ministeriums des Innern mit den für die Versorgung des Landes zuständigen Stellen bezw. mit dem Vertreter des Reichskohlenkommissars statt, dem dabei mit Entschiedenheit die berechtigten Forderungen der badischen Regierung wegen vermehrter und gesicherter Versorgung des Landes mit Kohlen zur Kenntnis gebracht wurden. Wir begrüßen es, daß diese Verhandlungen in Berlin fortgesetzt werden, da, wie wir schon vor kurzem auf Grund einer uns von zuständiger Stelle zugegangenen Information mitteilten, die Aussichten für unsere Kohlenversorgung sehr trübe sind und selbst im Falle eines milden Winters dahin zusammengefaßt werden können: In Stadt und Land eine ganz ungenügende Hausbrandversorgung, die bedeutend schlechtere und ungleichmäßigere Versorgung der Gaswerke, Verzerrung der Zufuhren an die Industrie in einem Maße, das einschneidende Arbeitslosigkeit und Verringerung der Produktion selbst lebenswichtiger Industrien zur Folge haben muß. Es ist also aufs dringendste zu wünschen, daß die Bemühungen der Regierung den erhofften Erfolg zeitigen. Die Voraussetzung dafür bildet freilich die endliche Einstellung der sinnlosen Streiks und die Wiederaufnahme eines geregelter Arbeits- und Wirtschaftslebens, in dem sich jeder Einzelne seiner Verantwortung gegenüber der Gesamtheit des Volkes bewußt ist.

Die Frage der Kommunalisierung der Lichtspielhäuser ist in den letzten Tagen akut geworden. Die Wünsche der Kinoindustrie hatten sich seit der Aufhebung der Überwachung der Lichtspielhäuser in so eklatanter Weise bemerkbar gemacht, daß von allen Seiten gegen die dadurch bewirkte sittliche Verführung unseres Volkes, insbesondere der Jugend, lebensschädlicher Protest erhoben wurde. Wie erinnerlich hat denn auch der Landtag vor seiner Vertagung noch einen auf Verstaatlichung der Filmfabrikation, Kommunalisierung der Kinos und sofortige Aufhebung des Beschlusses abzielenden Antrag angenommen. Am 4. d. M. berordnete dann das Ministerium des Innern, daß alle auf § 68 des Polizeiverordnungs-Gesetzes erlassenen Anordnungen über die Überwachung der Lichtspielhäuser und der Anündigung der Filme in den Zeitungen wieder gehandhabt werden und gegen die zweiseitigen Unternehmern vorgegangen wird. Diesen Erlass, der ja keineswegs zur Milderung der Verhältnisse geben darf, sondern in der Hauptsache lediglich die Durchführung tatsächlicher Unzulänglichkeiten und unangenehmer Bilder sowie von Vorurteilen, die eine verzerrte oder entstellte Wirkung haben könnten, verhindern soll, und überdies die schärfste Handhabung der Ausschlussbestimmungen für Jugendliche vorsieht, ist allgemein mit Genugtuung aufgenommen worden. Von besonderem Interesse ist die gleichzeitige an die Gemeinden, in denen Lichtspielhäuser vorhanden sind, ergangene Aufforderung, sich darüber zu äußern, ob sie gegebenenfalls bereit sind, die Lichtspielhäuser in eigenen Betrieb zu übernehmen. Es ist anzunehmen, daß eine Reihe von Gemeinden eine solche Übernahme wünschen, da sie davon die Möglichkeit eröffnen, durch die Auswahl geeigneter Filme der weiteren Ausbreitung der moralischen Volksverführung entgegenzutreten und die Lichtspielhäuser mit der Zeit nicht nur zu Unterhaltungsstätten, sondern auch zu Pfanzgärten wahrer Bildung zu machen.

In Rastatt hat man sich entschlossen, den früher als Exerzier- und Paradeplatz benutzten Schlossplatz zu einem Volkspark umzugestalten und auch den anstehenden Museumsplatz in die Anlage mit einzubeziehen. Was diesen Plan besonders begrüßenswert und als ein echt soziales Unternehmen erscheinen läßt, ist die Absicht, den Park tagsüber dem Publikum frei zugänglich zu machen und auch abends des öfteren Freilichtspiele in den Anlagen zu veranstalten. Ferner ist beabsichtigt, das Museumsgebäude in ein Volkshaus umzuwandeln, das in den unteren Räumen Lesezimmer für den Volksbildungsverein erhalten soll, während der große Saal des Gebäudes zu großen Versammlungen, Vorträgen usw. dienen soll. Die bisher zu Kaffeezwecken benutzten Räume des Schlosses sollen dem städtischen Archiv und der städtischen Sammlung Aufnahme gewähren. Der gesamte Plan, der z. T. auch Gelegenheit zu Kostbararbeiten bietet, soll noch in diesem Jahre verwirklicht werden. Es ist zu hoffen, daß das Vorgehen der Stadt Rastatt auch anderwärts zu ähnlichen Einrichtungen anregt.

Zurückhaltung beim Einkauf von Frühobst.

Man schreibt uns: Der Anfall an Frühobst wird, wie allenthalben die Mitteilungen übereinstimmend besagen, ein guter. Ein besonders mäßiger Ueberstand bei den bis jetzt auf den Markt gebrachten Früchten wird von der Bevölkerung bitter empfunden, und dies ist der hohe Preis. Ein Pfund keine Birnen kostet 65 bis 75 Pfg. „Dies ist doch zuviel“, hört man die Leute klagen und schimpfen. Wir sind auch derselben Meinung, nur finden wir, daß mit Schimpfen nichts getan ist. Die Leute schimpfen — und kaufen doch. Der Händler ist nicht immer schuld. Zur Zeit ist es das Publikum selbst, das sich nun so gierig auf das Frühobst stürzt, und den Händler veranlaßt, bei den Erzeugern nachzuforschen, ob das Obst bald zu haben ist. Der Bauer, durch die Händler veranlaßt, liefert die Birnen ohne die vollständige Reife abzuwarten, weil er hohe Preise erhofft und diese auch bekommt. Durch diese tatsächlichen Vorgänge ergeben sich dann die äußerst mäßigen Verhältnisse: hohe Preise für nicht ausgereiftes Obst. Diesem Uebelstand kann dadurch abgeholfen werden, daß sich das Publikum etwas zurückhält und die Händler nicht um Ware bestürmt. Das Frühobst wird in reichlicher Menge auf den Markt kommen, denn auf Grund seiner Beschaffenheit kann es nicht aufbewahrt werden. Ist das Frühobst reif, dann muß es abgesetzt werden und der heutige große Anfall garantiert einen mäßigen Preis. Also geht die dringende Mahnung an die Allgemeinheit: Mit Zurückhaltung beim Einkauf von Frühobst zu eurem eigenen Vorteil!

Vom Städt. Arbeits- und Wohnungsamt Freiburg.

In dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht des Freiburger Städtischen Arbeits- und Wohnungsamts für 1918 finden sich u. a. die folgenden allgemein interessierenden Angaben: Der Beginn des Jahres stand unter dem Zeichen der sich vorbereitenden Gewaltantritten der kriegführenden Mächte. Die Arbeitsämter als Hilfsdienststellen hatten

in der Folge reichlich damit zu tun, die vielen Anordnungen der militärischen Behörden durchzuführen. Die gänzlich in Verwirrung geratenen wirtschaftlichen Verhältnisse, die immer stärker in Erscheinung tretende Erschöpfung aller unserer Rohstoff- und Rohstoffvorräte, schufen Preisverhältnisse, die in ganz außerordentlicher Weise die Löhne beeinflussen mußten. Eine Forderung nach Lohnerhöhung löste die andere ab und das Arbeitsamt hatte in zahlreichen Fällen Gutachten abzugeben. Besonderen Wert wurde auf den Ausbau der Frauenarbeit gelegt im Hinblick auf die große Bedeutung, welche die Frauenarbeit während des Krieges gewonnen hat. Hauptgegenstand, mit dem sich der Verband der Arbeitsämter im verflochtenen Jahre beschäftigte, war die Einführung einer Erwerbslostenfürsorge in ganz Baden. Der Versteher im Berichtsjahr erreichte beim Arbeitsamt einen Tiefstand wie nie zuvor. Die Verre des Arbeitsmarktes war geradezu erschreckend. An Arbeitsaufträgen fehlte es nicht. Aber der einzige Auftraggeber war der Staat. Alles andere verschwand daneben. Der Arbeitsmarkt hatte eine gefährlichste Grundlage, wie kein Vergleich besteht. Es fehlte das belebende Element der Konjunktur, des geschäftlichen Kampfes, das allein Bewegung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen vermag. Mit dem Monat November trat eine Wendung ein. Die überfüllte Armee des Heeres warf sofort große Arbeitermassen auf den Arbeitsmarkt, so daß mit einem Schlage die Umkehrung der ganzen Verhältnisse eintrat. So stieg die Zahl der Arbeitsuchenden, die im Februar 806 betragen hatte, im November auf 1984 und im Dezember auf das dreieinhalbfache, nämlich auf 2765. Die Zahl der offenen Stellen belief sich durchschnittlich auf 1150. Von Januar bis November kamen auf 100 offene Stellen 85 Arbeitsuchende und im Dezember auf 100 Stellen 178 Arbeitsuchende. In fast allen gelernten Berufen ist eine Abnahme der offenen Stellen zu verzeichnen, nur bei Schuhmachern, Zimmerleuten, Maschinisten und in den freien Berufen zeigte sich ein höherer Bedarf. Wenig verändert war die Lage für ungelernete Arbeiter. Nahezu 70 Prozent der ganzen Vermittlung entfallen auf diese Berufsgruppe. Bei dem Hauspersonal kamen auf 100 offene Stellen etwa 70 Dienstmädchen, Schneiderinnen, Wäglertinnen und Fabrikarbeiterinnen fanden leicht Arbeit.

In der Fachabteilung für kaufmännisches Personal kamen auf 100 offene Stellen 199 männliche und 218 weibliche Personen. In der Fachabteilung für Gastwirtschaftler stieg die Gesamtzahl der Gesuche von 4112 im Vorjahre auf 5049; besetzt wurden 1411 Stellen (1238). Von den Kriegsgeschädigten wurden 154, von denen 136 Berufswechsel vornehmen mußten, in Stellung gebracht. Die Gesamtzahl der auswärtigen Gesuche belief sich auf 11067, wovon 1485 vermittelt wurden. Die Berufsberatung wurde in 432 Fällen in Anspruch genommen. Die Zahl beweist die Notwendigkeit dieser Beratungsstelle auch für erwachsene Personen. Lehrstellen wurden von der Lehrstellenvermittlung 134 vermittelt. Auf dem Gebiete der Industrie, der Holz- und Schnitzstoffe und dem Bau- und Kleidungsgewerbe besteht nach wie vor großes Angebot an offenen Stellen. Auf dem Gebiete der Metallverarbeitung und der Industrie besteht bei den jungen Leuten große Anziehungskraft, obwohl 118 Lehrstellen und 73 offene Stellen gegenüberstehen. An Stelle des Wohnungsamtes trat das Wohnungsamt.

Die Lage des Wohnungsmarktes nahm gegen Ende des Jahres einen äußerst bedrohlichen Charakter an, wenn gleich man nicht sagen kann, daß die Maßnahmen der Regierung nicht wirksam gewesen wären. Die Anmeldevermittlung von Wohnungen gingen ständig zurück, besonders bei 3- und mehr Zimmerwohnungen. Die Schnelligkeit, mit der die Heeresangehörigen zurückkehrten, ließ jedoch die einzige Maßregel, mit der der Wohnungsnot wirklich gesteuert werden konnte, die Förderung der Bautätigkeit, nicht wirksam werden, zumal auch die Beschaffung der Baustoffe, u. a. infolge der durch die Abrüstung sich einstellenden Mängel in der Verlehrswege, auf dem Arbeitsmarkt geradezu unmöglich war. So blieb nur noch der Weg übrig, die vorhandenen Wohngelegenheiten noch mehr auszunutzen durch Inanspruchnahme jedes hierfür geeigneten Raumes unter Festsetzung des für eine Familie als notwendig anerkannten Wohnbedarfs. — Trotz des hohen Standes der Entlohnung des Amtes wird es — so betont das Schlusswort des Berichtes — nicht ausbleiben, daß Arbeits- und Wohnungsamt einen weiteren Ausbau erfahren müssen, um die Fülle der Aufgaben zu bewältigen, welche die neue Zeit mit sich brachte und noch bringen wird.

Wünsche der badischen Tabakpflanzer.

BC. In Durlach kamen dieser Tage die badischen Tabakpflanzler zusammen und forderten Aufhebung der Zwangsbeschaffung des Tabaks. Begründet wurde dieses Verlangen mit dem Hinweis auf den mäßigen Erzeugerpreis, der in keinem Verhältnis stehe zu den schwindelhaften Fabrikationspreisen, die sich allmählich durch das wucherische Treiben der Aufkäufer und Zwischenhändler herausgebildet haben. Während der Erzeuger einen Zentner Tabak für etwa 100 bis 120 M. ablieferung, verteuere sich die Ware im Handel mitunter bis zu 1000 und mehr Prozent. Tatsächlich haben nun die Erzeuger auch erreicht, daß sie nicht mehr an die Händler gebunden sind, sondern unmittelbar an die Fabrik liefern können, wobei ihnen ein Preis von etwa 400 bis 450 M. für den Zentner zugesagt worden ist.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nr. 49 des Badischen Gesetzes- und Verordnungs-Blattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen: des Arbeitsministeriums: den Schutz der Mieter betreffend; des Finanzministeriums: die elektrische Straßenbahn in Karlsruhe betreffend.
* Nr. 50 des Badischen Gesetzes- und Verordnungs-Blattes hat folgenden Inhalt: Gesetz: die Ergänzung des Verwaltungsgebührengesetzes betreffend. Verordnungen und Bekanntmachungen: des Staatsministeriums: die Einrichtung der Kriminalpolizei nach der deutschen Gerichtsverfassung und Strafprozessordnung betreffend; des Ministeriums des Innern: die Abänderung der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 15. September 1884 über die Verkündung der bezirks- und ortspolizeilichen Vorschriften betreffend; die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen betreffend; des Ministeriums des Kultus und Unterrichts: die staatliche Wertmessenprüfung für den hochbautechnischen Dienst betreffend; des Arbeitsministeriums: die Aufhebung des Pflastergeldes und die Auscheidung von Landstrafen betreffend; die Festsetzung von Richtpreisen für Ziegeleinwaren betreffend; des Ministeriums der Finanzen: die Rechtsmittel in Reichssteuerfällen betreffend.

BC. Forstheim, 4. Aug. Die Straßenbahn hat gegenwärtig glänzende Einnahmen — im Juni betragen sie über 90 000 Mark —, trotzdem aber steht nach den Berechnungen des Straßenbahnamts angesichts der noch erheblicher gestiegenen

Ausgaben am Jahreschluss ein Fehlbetrag von 290 000 M. in Aussicht, während nur 60 000 M. als Zuschuß der Stadtkasse in den Voranschlag eingestellt worden sind. Zum Ausgleich der Mehrausgaben wird vorgeschlagen, die ursprünglichen Fahrpreise zu verdoppeln. Es sollen also Fahrtscheine, die früher 10 (jetzt 15) Pf. kosteten, 20 Pf. kosten. Für mehr als 4 Teilstrecken soll der Fahrpreis von früher 15 (jetzt 20) Pfennig auf 30 Pf. erhöht werden. Nach den beantragten neuen Fahrpreisen wird, selbst wenn man mit einer Verringerung der Bahn um 5 v. H. rechnet, eine Mehreinnahme von 290 500 M. berechnet, so daß also ein Zuschuß der Stadtkasse nicht mehr in Frage käme.

BC. Waldshut, 8. Aug. Die früheren Angehörigen der nationalliberalen Partei, Staatsanwalt Erich Oßfischer und Oekonomierat Heinrich Ries, sind aus der demokratischen Partei, der sie sich bei der Fusion der Nationalliberalen mit der Fortschrittlichen Volkspartei angeschlossen hatten, wieder ausgegrenzt.

Badische Zeitungsstimmen.

Städtische Lohnforderungen.

Die seitens der Städtischen Arbeiter in Konstanz geltend gemachten neuen Lohnforderungen geben dem Hauptgeschäftsführer der „Konstanzer Zeitung“ Hr. Munding Veranlassung, die Angelegenheit einmal grundsätzlich zu betrachten. Er führt dabei u. a. aus:

Zunächst ist bemerkenswert, daß diese neuen Forderungen unter Bruch des letzten Tarifabkommens erhoben werden, das noch für geraume Zeit hätte Gültigkeit haben sollen. Verträge haben nun allerdings keine sittliche Berechtigung, wenn sie einem Kontrahenten unter Ausnutzung seiner Notlage aufgedrungen wurden — ein Fall, der hier nicht in Betracht kommen kann. Sie haben auch dann keine sittliche Berechtigung, wenn sich die Bedingungen ihrer Erfüllbarkeit für einen Kontrahenten in unwiderruflicher Weise verändern. Das scheint hier auch nicht der Fall zu sein, denn die elementaren Lebensverhältnisse haben sich seit dem letzten Tarifabkommen nicht wesentlich verändert. Wenn man aber Verträge schließt mit dem Vorbehalt, sie gegebenenfalls nicht zu halten, so heißt das mit Treu und Glauben ein Spiel treiben, das von gefährlicher Mißwirkung auf die Moralbegriffe im wirtschaftlichen Leben sein muß.

Es hat in letzter Zeit den Anschein, als ob man seitens der Arbeiterklasse gegenüber den öffentlichen Institutionen etwas weitherzig handle bei Lohnforderungen. Möglicherweise nicht nur deswegen, weil man sich in seinen Lebensnotwendigkeiten sicherstellen will, sondern weil man eine Zwangslage ausnützen kann. Eine Gemeinde- oder Staatsverwaltung ist nicht anders, als ein Musterbeispiel einer sozialisierten Einrichtung, und die Lohnbewegungen verdienen schon deshalb besondere Aufmerksamkeit. Da die Leistungen dieser Einrichtungen durch Gesetze monopolisiert sind, sind sie nicht in der Lage, ihre Arbeit bei ungünstigen Verhältnissen wesentlich herabzumindern; sie sind also in der Zwangslage, dem Arbeitnehmer gegenüber, die dieser, wenn ihm das Verantwortungsgefühl fehlt, rüchlos los ausnützen kann — was ihm möglicherweise für den Augenblick Erfolg bringt, was aber, mittelbar, wieder auf ihn zurückfällt. . . . Es muß den Staats- und Stadtverwaltungen, wie auch den Fördernden einmütig dringend nahegelegt werden, daß das Bewilligen aus öffentlichen Mitteln eine Grenze hat. Mit anvertrautem Geld und Recht heißt es doppelt vorsichtig umgehen. Ein geordneter Finanzhaushalt einer Gemeinde ist nur möglich, wenn mit einer gewissen Voraussicht gearbeitet wird und dies kann nur sein, wenn Verträge streng gehalten werden.

Man muß nicht glauben, daß man, entgegen aller Lebenserfahrung, die Not des Lebens, die wir nach diesem verhängnisvollen Kriege alle mit Naturnotwendigkeit doppelt schwer empfinden müssen, mit dauernden Forderungen aus der Welt schaffen könne. Das ist ein verhängnisvoller Irrtum, der offenbar weite Kreise des Volkes ergriffen hat. Belastet man den Haushalt eines Gemeinwesens über das zulässige Maß, so wird seine Ver kümmerung die naturnotwendige Folge sein, d. h.: Abwanderung, Verminderung der Wohlfahrteinrichtungen, Entlassung von Arbeitskräften und Verarmung. Auf der anderen Seite ist allerdings auch zu betonen, daß Leute, die es als ihre Lebensaufgabe und ihr Lebensprivilegium betrachten, mit geschäftlichem Nichtstun den Tag zu verbringen und, und die Zigaretten dabei rauchend, von einer leichten Zerstreuung zum abern eilen, es einem schwer machen, einem Bedürftigen die Not des Lebens plausibel zu machen. Diese Drohnen werden aber durch derartige Vorgänge ohnehin nicht getroffen, wohl aber der Großteil der Bürgerschaft, der, in mancherlei Notlage eingezwängt, das Leben nicht als eine leichte Reise anzusehen gewohnt ist. Der Staat der sozialen Gerechtigkeit, den wir aus unserem Vaterlande machen wollen, erfordert in armen und kleinsten Selbstverantwortungsgefühl und Pflichtbewußtsein. Auch in solchen lokalen Lohnfragen.

Aus der Landeshauptstadt.

* Dem Bürgerausschuß ist eine Vorlage des Stadtrats über einen neuen Straßenbahntarif zugegangen, nach welchem der Mindestpreis für eine Fahrt auf 20 Pf. festgesetzt und die übrigen Preise entsprechend erhöht werden sollen.

* Tätigkeitsbericht der Volkswehr im Monat Juli 1919. Im Monat Juli 1919 wurden von der Volkswehr Karlsruhe, 14 Personen wegen Schwarzschlachtung, Diebstahl, Sittlichkeitsvergehen usw. festgenommen, außerdem erfolgten 99 Anzeigen wegen Diebstahl, Preisüberschreitung, Schleichhandel, Schwarzschlachtung, Mißtäuschung, grober Anflug, unrechtmäßigen Erwerb von Heeresgut, Wald- und Feldfrevel.

Außerdem wurden folgende Sachen beschlagnahmt: 25 Zentner Fleisch, 9 1/2 Zentner Fett, 3406 Kilogramm Öl, 7 1/2 Zentner Schokolade, 1/2 Zentner Kaka, 1/2 Zentner Stärke, 5 Zentner Kaffee, 3 1/2 Zentner Zucker, 2 Zentner Reis, ein Wagen Gemüse, ein Wagen Weinstoff, 12 000 Zigaretten, 1000 Zigaretten, 818 1/2 Zentner Tabak, 2 Wagen Stoffe, 426 Pfund Seife, 686 Stück Kerzen, 757 Kilogramm Betriebsstoff und ein größerer Vorrat Summartikel aller Art. Die Fahndungsabteilung der Volkswehr ist dem Landespreismat abgegeben worden, so daß Anzeigen künftig dorthin gerichtet werden müssen.

* Ein Sonderzug mit Austauschgefangenen aus der Schweiz traf, von Konstanz kommend, mit über dreihundert Verpaßung heute nacht gegen 12 Uhr hier ein. Ein zahlreiches Publikum, meistens Angehörige oder Verwandte von den Zurückgeführten, erwartete die Ankunft auf dem Bahnsteig 2. Nach fast entlostem Warten lief der Zug unter jubelnden Zurufen, Luchteräulen usw. in die Bahnhofshalle ein. Die Begrüßung erfolgte durch Damen und Herren des Roten Kreuzes. Eine Anzahl Krieger verließ hier den Zug, einige fuhren nach Durlach, die meisten aber über Heidelberg-Frankfurt nach der Heimat.

Möbelhaus

Ecke Kaiser-Douglasstr. (Hauptpost)
Komplette Wohnungs-Einrichtungen und Einzel-Möbel.
Aufbewahrung völlig kostenlos.
Mühlburg Philippsstr. 19 Telephone 5224.

Gehr. Karrer

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung des Badischen Landespreisanwes Ersatzmittelstelle.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über die Genehmigung von Ersatzlebensmitteln vom 7. März vorigen Jahres und der Verordnung des bad. Ministeriums des Innern vom 29. April vorigen Jahres, die Genehmigung von Ersatzmitteln betr., wurde die Herstellung und der Vertrieb der nachstehend aufgeführten Ersatzmittel genehmigt:

Bezeichnung des Ersatzmittels	Hersteller	Packung	Rein- Gewicht	Mein- verkaufs- preis	Num- mer der Genehmigung bzw. Abkürzung	Datum
Freiburger Kunstmoftansatz ohne Süßstoff	Gebrüder Epplein, Freiburg i. Br.	1 Flasche	ausreichend für	50 l 7.— 100 l 12.— 150 l 17.—	940a	21.7.19
" mit				50 l 8.— 100 l 14.— 150 l 20.—	940b	
Preifers künstl. Limonaden- essenz „Sella einfach“	Adolf Preiser, Bilingen i. B.	offen	1 l	2.80 einschl. Steuer	636a	2.8.19
Preifers künstl. Limonaden- essenz „Sella doppelstark“		offen	1 l	4.40 einschl. Steuer (Preiserhöhung)	636b	
Badpulver „Badauf“	J. L. Steinmeh u. Co., Gröbtingen	1 Beutel	16 gr	17 ₰	921	22.7.19
„Gesla“ Kochgewürz	Gesla-Werke Curt Emil Schwarz, Karlsruhe	1 Beutel	7 gr	15 ₰	928	28.7.19
Tabakmischware „Alganti“	Anton Stob, Inh.: Walter u. Dieh, Bühlertal u. Östringen	1 Paket	80 gr	1.25 (Preiserhöhung)	911	17.7.19
Tabakmischware „Entweder-Ober“	H. F. Carstanjen Söhne, Duisburg	1 Paket	70 gr	1.—	873	3.7.19

Karlsruhe, den 9. August 1919.

Badisches Landespreisanwes, Ersatzmittelstelle.

Städtisches Konzerthaus.

Sonntag, den 10. August 1919

Das Musikantenmädel

Anfang 7 Uhr

Fahnen

in deutschen und badischen Farben in
allen Größen werden angekauft. Ange-
bot unter G.816 an die Geschäftsstelle
des Blattes.

Die Kohlennot,

die täglich bedenklicher wird und fast katastro-
phale Formen annimmt, muß gelindert werden

durch Stockholz- gewinnung

mittels unserem bestens be-
währten Sicherheitssprengstoff

Ammoncahücit

in Anwendung von fast sämtl. württemberg.
und badischen Forstämtern und einer großen
Menge Gemeinden.

[Gebrauchsanweisung üb. lassen wir gratis
und dienen gerne mit jeder gew. Auskunft.]

**Junghans & Kriegeskorte,
Hedelfingen-Stuttgart**
Tel.-Amt Obertürkheim 24 und 155.

Badisches Landestheater.

Dienstag, 12. Die Landstreicher 7 1/2. Mittwoch, 13.
Die Fledermaus 7 1/2. Donnerstag, 14. Das Musi-
kantenmädel 7 1/2. Freitag, 15. Die Hofe von
Sambul 7 1/2. Samstag, 16. (zum ersten Male) Fürst
Cassimir 7 1/2. Sonntag, 17. nachm. 2 (zu ermäßigten
Preisen) Mölein auf der Heiden (1.80, 1.20 Mark),
abends 7 Fürst Cassimir. G.776

Kontroll-Kassen,

National zu kaufen gesucht.
Alle Arten, auch alte Kassen.
Offerten erbeten unter
G.79 an die Expedition
der Karlsruher Zeitung.

Alttertümer

in Möbeln, Schmud,
Silber, Zinn usw. kauft
zu hohen Preisen
in u. Verkaufsgeschäft
Neukam,
Sammstr. 6 im Hof, Tel. 3546

Zentralholungen Sanitäre Entwässer- ungs-Rohranlagen Reparaturwerkstätte

Jul. Rößler, Ing.,
vorm. W. Kiby,
Herrnstr. 48 Fernspr. 517

Chemisch-Technisches Rezeptlexikon

17000 Rezepte von Chemi-
ker Dr. J. Berch 33.— M.,
10000 Chemisch-Techn. Vor-
schriften nebst Literaturnach-
weis von Chemiker Dr. O.
Bang 46.20 M., Bäckers
Ausführungsbuch für die Che-
mische Industrie 40.05 M.,
Fagers Handbuch der Pharma-
zeutischen Praxis (3 Bde)
123.20 M., Dietrichs Neues
Pharmazeutisches Manual
37.40 M., Buchhellers Hand-
buch der Drogistenpraxis
28.60 M., Die Fabrication
der Parfümeriewaren von
S. Mann 33.00 M. Nur
gegen Nachnahme L.
Schwarz & Comp. Verlag
Berlin W. 14, Annen-
straße 24.

Zahlte sehr hohe Preise für automatische Pistolen und Jagdgewehre,

wenn auch geb. und repara-
turbef. Ebenso auch für
Munition i. großen Mengen.
Reinhold André, Inh.
W. Demand, Karlsruhe.

stud. rer. pol.
sucht Studiengeossen od.
-Genossin. Offerten unter
G.802 an die Karlsruher
Zeitung erbeten.

Aufruf!

Die Heimkehr unserer gefangenen Brüder steht vor der Tür. Um sie würdig zu empfangen, arbeiten die Gefangenenheimkehr-
stellen (Krisahelme) seit Wochen im Lande. Das Reich hat einen Zuschuß bewilligt, der aber für den würdigen Empfang in unserem
Lande nicht genügend ist. Um auch nach der militärischen Entlassung in dringenden Fällen helfen und andererseits in den Durch-
gangslagern den Empfang so würdig gestalten zu können, wie es der guten badischen Sitte entspricht, brauchen wir noch einmal die
Hilfe des ganzen badischen Landes. Die Mittel, welche für die Gefangenen gesammelt waren, sind durch die Gefangenenunterstützung
in den letzten Monaten, die unter den ungünstigsten wirtschaftlichen Verhältnissen weitergeführt werden mußte, stark zusammengesam-
melt. Unsere Nachbarn, die Württemberger, haben in den letzten Monaten fast eine Million nur für die Zwecke der Gefangenenheimkehr
zusammengebracht. Für Baden soll ein badischer Volksdank für die heimkehrenden Gefangenen die nötigen Mittel aufbringen. Der
badische Volksdank vom Jahre 1919 darf nicht hinter der großartigen Hilfe zurückbleiben, welche im September 1917 durch die Be-
teiligung des ganzen badischen Volkes für die Gefangenen möglich geworden ist. Die Mittel des ganzen Landes werden in einen
Zentralfond vereint, welcher dort, wo es nötig ist, zur Verfügung stehen soll.

Der Dank der Heimat soll den gefangenen Brüdern schon beim Betreten des heimatischen Bodens fühlbar sein. Wie könnte er
sich wirklamer äußern, als in einem freudigen Empfang und in der Hilfe bei dem Übergang in die Friedensarbeit. Hierzu
sind die reichsten Mittel erforderlich:

Darum gebt! Gebt reichlich und freudig!

Der Staatspräsident:
Seib.

Der Territorialdelegierte der freiw. Krankenpflege für Baden:
Pflüger.

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz:

Der Ehrenvorsitzende: Max, Prinz von Baden,

General Limberger,
Vorsitzender.

Dr. Stroebe,
Vorsitzender der Depotabteilung.

Univ.-Prof. Dr. Partsch,

Vorsitzender des Landesauschusses der Bad. Gefangenenfürsorge.

Der Generalsekretär des Bad. Frauenvereins:
Müller, Geheimrat.

Der Präsident des Ep. Oberkirchenrats:
Dr. Uibel.

Der Erzbischof der Erzdiözese Freiburg:
Dr. Thomas Nörber.

Für den Oberrat der Israeliten:
Dr. Mayer.

Der Vorstand des Bad. Landesvereins für Innere Mission:
D. Schmittknecht, Prälat.

Der Vorstand des kath. Caritas-Verbandes:
Dr. Werthmann, Prälat.

Die Vorsitzenden des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen:

Mannheim:
Maier, Kaufmann.

Karlsruhe:
Rupp, Ingenieur.

Freiburg:
Dr. von Graevenitz, Hauptmann a. D.

Konstanz:
Oberlm. Schmidt I, Husaufschiffen.

Die Badischen Kriegsgefangenen-Heimkehrstellen (Krisahelme).

Gaben können auf Postcheckkonto 5856 Badischer Landesverein vom Roten Kreuz, Karlsruhe, einbezahlt werden. Desgleichen nehmen sämtliche Banken,
Stadtkassen und Sparkassen Gaben an. In beiden Fällen bitten wir zu bemerken „Für Volksdank“.

G 715